

Antrag

der Abgeordneten Nico Müller und der CDP/CDS-Fraktion

Einsetzung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Wirksamen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes sowie dem Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (PKGrG) wird ein Parlamentarisches Kontrollgremium eingesetzt.
2. Das Gremium besteht aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages entsprechend der Stärkeverhältnisse der Fraktionen.
3. Aufgabe des Gremiums ist die Kontrolle der Tätigkeit der Nachrichtendienste des Bundes, insbesondere des
 - Bundesnachrichtendienst (BND),
 - Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie
 - Militärischer Abschirmdienst (MAD).
4. Das Kontrollgremium berichtet dem Deutschen Bundestag regelmäßig über seine Tätigkeit, unter Wahrung der Geheimschutzvorschriften.
5. Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Gremium umfassend, wahrheitsgemäß und unverzüglich Auskunft zu erteilen sowie Einsicht in relevante Akten und Vorgänge zu gewähren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Nachrichtendienste des Bundes nehmen zentrale Aufgaben für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wahr. Ihre Tätigkeit erfolgt jedoch weitgehend im Verborgenen und unterliegt besonderen Geheimschutzanforderungen.

Gerade aufgrund dieser besonderen Stellung ist eine effektive parlamentarische Kontrolle zwingend erforderlich. Sie dient:

- der Wahrung der Grundrechte,
- der Sicherstellung rechtsstaatlichen Handelns,
- der demokratischen Legitimation geheimdienstlicher Tätigkeit sowie
- der Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in staatliche Institutionen.

Das Parlamentarische Kontrollgremium stellt sicher, dass die Nachrichtendienste im Rahmen von Gesetz und Verfassung handeln und ihre Befugnisse nicht überschreiten.

Angesichts der zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen, hybrider Bedrohungen sowie digitaler Überwachungsmöglichkeiten ist eine starke parlamentarische Kontrolle wichtiger denn je.

Berlin, den 24. Februar 2026

Nico Müller und Fraktion